Neue Freie Zeitung
Nr. 18 · Donnerstag, 30.April 2020 € 0,80

Österreichische Post AG
WZ 02Z032878 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Wir schauen, dass die Hilfe bei den Richtigen ankommt

Die Steiermark hat wegen der Corona-Krise mit gravierenden Problemen zu kämpfen. Dafür macht die schwarz-rote Landesregierung 400 Millionen Euro an Hilfsgeldern mobil. Die FPÖ wird dafür sorgen, dass das Geld auch bei den Richtigen ankommt, verspricht Mario Kunasek. S. 13

Foto: FPÖ-Steiermark

Schluss mit dem Corona-Wahnsinn!

FPÖ-Petition zur Rettung des Landes aus dem schwarz-grünen Würgegriff S. 2-3/16

Die schwarz-grüne Katastrophen-Bilanz!

Corona-Maßnahmen stürzten Österreich in schwerste Wirtschaftskrise – S. 4/5

Foto: NFZ

PARLAMENT

Überwachungs-Wahn

Am Dienstag hat der Nationalrat mit den Stimmen der Koalition das umstrittene 16. Covid-19-Gesetzespaket beschlossen. Im Gesundheitsausschuss hat die Koalition alle Anträge der Freiheitlichen und der anderen Oppositionsparteien erneut abgelehnt. S. 6

AUSSENPOLITIK

Test für Schuldenunion

Der letzte Woche nach dem Video-EU-Gipfel präsentierte „Wiederaufbaufonds“ für die Corona-geschädigten Länder dürfte ein Testlauf für die Vergemeinschaftung der Schulden in der EU werden – falls sich die Schuldenstaaten durchsetzen. S. 8/9

WIEN

Schlammschlacht

Die Schlammschlacht vor der Wien-Wahl hat einen ersten Höhepunkt erreicht. So wurde der Facebook-Account des Simmeringer FPÖ-Bezirksvorstehers Paul Stadler wochenlang gesperrt. Die FPÖ vermutet dahinter eine Intervention von Rot-Grün bei Facebook. S. 11

KULTUR

Grüne gegen Grüne

Die Corona-Sperre des Kulturbetriebs bis in den Sommer hat die Kunstschaffenden gegen die Kultur-Staatssekretärin Ulrike Lunacek aufgebracht. In einem offenen Brief werfen sie der Grünen vor, keine Ahnung zu haben und eine „Fehlbesetzung“ zu sein. S. 14

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Der NFZ wurde exklusiv das geheime Zusatzprotokoll zu dem bereits bekannt gewordenen „Angstmache"-Protokoll zur Sitzung des Minister- und Expertenrats zugespielt. Der Wortlaut:

„Um die Bevölkerung von den geplanten Eingriffen in die Verfassung und den Abbau der Grundrechte abzulenken, empfahl der Bundeskanzler einen Shutdown der Nachrichtenredaktionen in Zeitungen, Radios und TV-Sendern.

Noch ein Protokoll

Den Vorschlag des Innenministers, dies mit Cobra-Einsatzkräften durchzuführen, wurde auf Einwände des Vizekanzlers zurückgezogen. Sein Vorschlag, hier Landespolitiker der Grünen bzw. der ÖVP als Mediatoren einzusetzen, fand einhellige Zustimmung

Die Redaktionen sollten mit Informationen der entsprechenden politischen Ressorts gefüttert werden, Kommentare und Schlagzeilen vor Drucklegung dem Pressedienst des Bundeskanzleramtes bzw. des Gesundheitsministeriums vorgelegt werden, um eine einheitliche Berichterstattung im Interesse der Bundesregierung zu sichern.

Dem Bundesamt für Verfassungsschutz werden zur Überwachung der Maßnahme alle dazu notwendigen Instrumente zur Verfügung gestellt. Bei Verstößen sollte, auf Vorschlag des Innenministers, der entsprechende Journalist im Wege einer positiven Corona-Testung aus dem Verkehr gezogen werden."

Hier endet das geheime Zusatzprotokoll, die letzten Zeilen sind bis auf die Worte „ORF" und „einhellige Zustimmung" unleserlich gemacht worden. – Würde es Sie wundern, wenn das wahr wäre?

Aufstehen gegen Kurz' „ne

FPÖ bietet allen Unzufriedenen eine Protest-Plattform an: „Jetzt reicht's!

Überwachungsstaat, Massenarbeitslosigkeit oder Kurzarbeit und Einschränkung der Grundrechte. Das ist das Ergebnis der angeblich „alternativlosen" Maßnahmen der schwarz-grünen Koalition gegen das Corona-Virus. Die FPÖ sagte dazu jetzt: „Es reicht!" – und ruft alle Österreicher zum Widerstand gegen den Demokratieabbau auf.

Immer mehr Österreichern geht die schwarz-grüne Machtübernahme zu Lasten der Grundrechte zu weit. Ihnen bietet die FPÖ jetzt eine Plattform, ihren Unmut der Koalition zu präsentieren: FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl und FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz stellten am vergangenen Montag die Petition „Jetzt reicht's! – Allianz gegen den Corona-Wahnsinn" vor – Siehe Seite 16. Im Internet: www.coronawahnsinn.at

Angst als Machtmittel

„Die Software der ‚neuen Normalität', die den Österreichern von der ‚neuen Volkspartei' zugemutet wird, ist nichts anderes als die Angst, in die man die Bevölkerung zu versetzen versucht", kritisierte Kickl. Bundeskanzler Sebastian Kurz betreibe ein schamloses Spiel mit der Angst, das nur ihm nutze und dem Machtausbau seiner Regierung diene.

Kickl führte dazu ein am Montag bekanntgewordenes Sitzungsprotokoll an, wonach in der Sitzung am Tag vor dem „Lockdown" bewusst die Angstmacherei als Instrument der Regierung zur Sprache kam. „Das ist eine Schande, aber wohl auch nur die Spitze des Eisbergs. Die Maske der schwarz-grünen Retter beginnt zu fallen und wird dies zur Gänze tun, wenn ein Untersuchungsausschuss alles von der bewussten Angstmacherei bis zum Ischgl-Versagen aufarbeiten wird", kündigte der FPÖ-Klubobmann eine detaillierte Untersuchung zum „Krisenmanagement" der schwarz-grünen Koalition an.

Man müsse sich fragen, wo der Punkt sei, an dem der Schaden des Krisenmanagements größer sei als der Nutzen, und der, wo der Schutz der Bevölkerung mehr und längerfristige Opfer produziere als die ursprüngliche Gefahr.

Oft sei der größte Ausdruck der Freiheit, einfach das Wort „Nein" auszusprechen, betonte Kickl: „Wir tun dies mit dieser Allianz. Wir bieten in Anlehnung an Bruno Kreisky den Österreichern an, ein Stück des Weges mit uns zu gehen, der zurück in die normale Normalität führt."

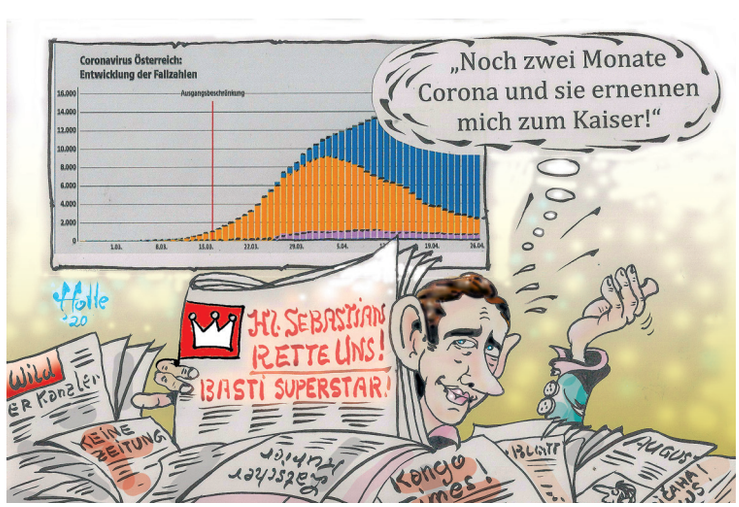
Gegen die „Alternativlosigkeit"

Die Freiheitlichen hielten diese Allianz für notwendig, weil dem ausuufernden, lustvollen Umgang der Regierung mit dem Zelebrieren des Ausnahmezustands und dem Gerede von der Alternativlosigkeit etwas entgegenhalten werden müsse, sagte der Klubobmann.

Foto: NFZ

Herbert Kickl und Michael Schnedlitz er
gegen den schwarz-grünen Corona-W

Massenarbeitslosigkeit, Überwachungsstaat, emotionale Vereinsamung, Aussterben der Volkskultur – darin haben die Freiheitlichen die Grundfesten dieser „neuen Normalität" unter schwarz-grüner „Obhut" ausgemacht. Die Regierung gebe keine Antworten mehr, klagte Kickl an, sondern liefere nur noch „Bürokratie-Pakete und Reparaturen von Reparaturen". „Aber jetzt ist der Punkt erreicht, wo man sagen muss: Es reicht! Wir wollen die Rückkehr zur normalen Normalität und mit der ‚neuen Normalität' nichts zu tun haben!"



SPITZE FEDER Kurz' Spiel mit Angst und Verfassung.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

ue Normalität“!

– Allianz gegen den Corona-Wahnsinn“

neuern die Allianz der FPÖ mit den Wählern über die Petition „Jetzt reichts!“ Vahnsinn: „Wir lassen uns Demokratie und Grundrechte nicht rauben!“

Eine Plattform für alle

Generalsekretär Schnedlitz erklärte, dass dort, wo eine Regierung ein ganzes Land gegen die Wand fahre und mehr als eine Million Opfer – in Form von Arbeitslosen und Menschen in Kurzarbeit – produziere, Widerstand zur Pflicht werde. Denn die Staatsgewalt scheue auch nicht mehr davor zurück, gegen Kritiker und Unfolgsame drastischer vorzugehen als gegen wirkliche Kriminelle: „Wenn Warnschüsse auf Spaziergänger abgegeben und Mütter schikaniert werden, wenn sie Schulhefte für ihre Kinder kaufen, kann man nur noch sagen: Jetzt reicht's! Wir müssen uns das von dieser Bundesregierung nicht gefallen lassen.“

Die Freiheitlichen seien zwar der operative Träger der „Allianz gegen den Coronawahnsinn“, erläuertete Kickl, aber die Partei wolle niemanden vereinnahmen, der sie bei diesem Ziel unterstütze: „Wir wollen alle bündeln, Unternehmer, Arbeitnehmer, Arbeitslose, Frauen, Männer sollen alle eine Plattform haben. Ihnen bieten wir an, ein Stück des Weges mit uns zu gehen.“

KURZ UND BÜNDIG

Foto: EZB

„Österreich-Tausender“

Um den Scherbenhaufen, den die schwarz-grüne Regierung angerichtet hat, wieder wegzuräumen, setzt die FPÖ eine Initialzündung, indem sie einen unbürokratischen „Österreich-Tausender“ für alle Österreicher fordert, erklärte der freiheitliche Generalsekretär Michael Schnedlitz: „Damit soll regionalen Unternehmen geholfen und die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht werden – von den Maßnahmen der Regierung hätten ja bisher nur Amazon und andere Online-Konzerne profitiert.“

Eingriffe in die Privatsphäre

Was die Koalition den Österrreichern zumutet, gab sie in den Erläuterungen für ihre „Regeln für den öffentlichen Raum“ zum besten: „Auch im privaten Bereich empfehlen wir den Menschen, dass sie sich ebenfalls an diese Regelungen halten. Es wird im privaten Bereich allerdings vorerst keine Kontrollen dazu geben.“ – „Wenn die Österreicher nicht brav sind, dann schicken ihnen ÖVP und Grüne die Polizei in die Wohnung“, kommentierte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl diese neuen „Corona-Maßnahmen“.

Foto: NFZ

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

Bessere Pflege-Koordination

Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Christian Ragger (Bild) forderte Änderungen im Pflegesetz zur besseren Steuerung und Koordination des Pflegesystems: „Es wäre wichtig, frühzeitig alle Bereiche – von der 24-Stunden-Pflege bis hin zu Pflegeheimen – zusammenzufassen und den Betroffenen die nötige Unterstützung und auch Entscheidungshilfe zu geben, welche Art der Pflege im jeweiligen Fall optimal ist.“ Dazu bedürfe es zentraler Stellen bei den Bezirkshauptmannschaften mit entsprechend qualifiziertem Personal, um die Menschen möglichst lange im gewohnten Umfeld, also zu Hause, pflegen zu können.

SPRUCH DER WOCHE

Foto: ServusTV

„Es ist leider vorgekommen, dass Politiker Inhalte kommuniziert haben, die in den Verordnungen nicht festgemacht sind. Das hat die Exekutive vor große Probleme gestellt.“

Heinz Mayer
28. April 2020

Der Verfassungsjurist hält der Koalition vor, nicht gewusst zu haben, was sie gerade per Gesetz beschlossen hat.

Foto: BKA/Arno Melicharek

BILD DER WOCHE An der Vermummung anlässlich der Feier zum 75. Jahrestag der Wiedererrichtung der Republik Österreich dürften gewisse linke Demonstranten-Kreise ihre Freude gehabt haben.

Koalition muss jetzt Betrieben und Beschäftigten Existenzängste nehmen!

FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer fordert im NFZ-Interview die Beendigung des „schwarz-grünen Corona-Wahnsinns“: „Die Bundesregierung soll endlich ihre Überwachungsstaats-Phantasien über Bord werfen und die Existenzängste der österreichischen Unternehmer und der Arbeitnehmer ernst nehmen! Sonst wird eine noch nie dagewesene Pleitewelle über das Land rollen.“

Herr Abgeordneter, die Wirtschaftsforscher haben ihre Prognosen zu den Folgen der Corona-Krise bzw. der Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus vorgelegt. Erwarten Sie eher die „optimistische“ Prognose von minus 5,2 Prozent Wirtschaftsleistung oder doch die pessimistische von mehr als minus sieben Prozent?

Angerer: Ich hoffe, dass wir zum Jahresende mit der „optimistischen“ Variante dastehen, aber ich befürchte, es wird sich nicht ausgehen. Daher muss jetzt Schluss sein mit dem schwarz-grünen Corona-Wahnsinn! Wir haben jetzt schon die Wirtschaftsleistung eines Monats verloren. Und wie Professor Badelt richtig anmerkt, hängt die weitere Entwicklung nicht alleine von der Situation in Österreich ab, sondern auch von der unserer Handelspartner. Und wenn wir zwei der wichtigsten nehmen, Deutschland und Italien, dann sieht es düster aus. Zudem sind viele Betriebe Teil und damit Opfer der durchbrochenen Zulieferkette, das heißt, ihr Schicksal hängt von der internationalen Entwicklung ab. Europas Automobilindustrie und damit die vielen heimischen Zulieferbetriebe sowie der Autohandel liegen am Boden, ausgelöst durch die in der Vor-Corona-Zeit eingeführten Klimaschutzmaßnahmen, die sich jetzt in der Corona-Krise de facto in Luft aufgelöst haben.

Sehen Sie sich durch die Kritik von WIFO-Chef Badelt an den Hilfsmaßnahmen in ihren Forderungen gegenüber der Koalition bestätigt?

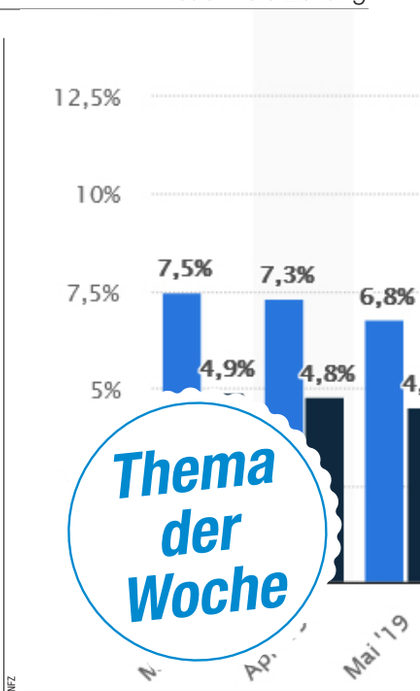
Angerer: Das Herunterfahren der Wirtschaft war eine Sache, bei der man das Wie und die Dauer hinterfragen muss. Aber die Aushebelung des Epidemiegesetzes, mit der die Unternehmen des automatischen Verlustausgleichs verlustig gegangen sind, war ein politischer Willkürakt der schwarz-grünen Regierung. Das wirft die Frage auf, ob sie überhaupt über die Folgen des „Lockdowns“ nachgedacht hat. Wenn das kalkuliert war, dass man die Unternehmer de facto enteignet und sie zu Bittstellern degradiert gegenüber einem vor Bürokratie überbordenden Hilfsfonds, in dem man auch gleich eigene Parteigänger fürstlich versorgt hat, und der Wirtschaftskammer, die – allen Datenschutzgesetzen zum Hohn – in den Bilanzen der Betriebe schnüffeln darf, dann war das eine politische Sauerei, die ihresgleichen sucht. Wenn eine Partei wie die ÖVP, die stets „mehr privat, weniger Staat“ gepredigt hat, in dieser Krise die Methoden der Kommunistischen Partei Chinas übernimmt, dann sollte das zu denken geben. Dass die Grünen damit keine Probleme haben, zeigt nur einmal mehr, wo sie ihre ideologischen Wurzeln haben.

> *„Wenn eine Partei, die stets ‚mehr privat, weniger Staat‘ gepredigt hat, in dieser Krise die Methoden der Kommunistischen Partei Chinas übernimmt, dann sollte das zu denken geben.“*

Mit anderen Worten: Die Regierung hat mit ihren Maßnahmen die negativen Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft noch verstärkt?

Angerer: Ja, denn viele Einzelpersonenunternehmen und KMU sind großteils an der Bürokratie der Hilfsmaßnahmen gescheitert und bekommen das ihnen zustehende Geld erst verspätet. Und vor allem fehlt der Wirtschaft die Planbarkeit: Wann kann das Werkel wieder laufen? Die Frage trifft besonders den Tourismus. Die Branche erwirtschaftet in einem normalen Jahr rund 60 Milliarden Euro oder 15 Prozent unseres BIP und beschäftigt eine Viertelmillion Menschen. Wenn die nicht bald wissen, wie es weitergeht, dann wird das eine Katastrophe für die Betriebe und die Arbeitnehmer. Ich befürchte, dass aufgrund des chaotischen Vorgehens der Koalition ab Sommer eine noch nie dagewesene Pleitewelle über das Land rollen wird. Das wird sich dann natürlich auch in der Arbeitslosenquote durchschlagen, was enorme gesellschaftliche Verwerfungen befürchten lässt. Daher fordern wir Freiheitlichen klipp und klar: Die Bundesregierung soll endlich ihreÜberwachungsstaats-Phantasien über Bord werfen und an die österreichischen Unternehmer und Arbeitnehmer denken! Die wollen keine Almosen und damit Abhängigkeit vom Staat, die brauchen jetzt echte Hilfe und vor allem das Wissen, wann sie wieder arbeiten und auf eigenen Beinen stehen können. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das, was aktuell geschieht, demokratiepolitisch äußerst bedenklich ist. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wird von Schwarz-Grün unsere persönliche Freiheit, unser höchstes Gut, erschreckend beschnitten. Es ist unsere Aufgabe als Freiheitliche Partei, diese Freiheit für unsere Mitmenschen zu verteidigen und zu erhalten!

Foto: NFZ



Daten: AMS/EU; Grafik: NFZ

Die Arbeitslosenzahlen für den April terreicher schockieren würde. Denn

Das schli

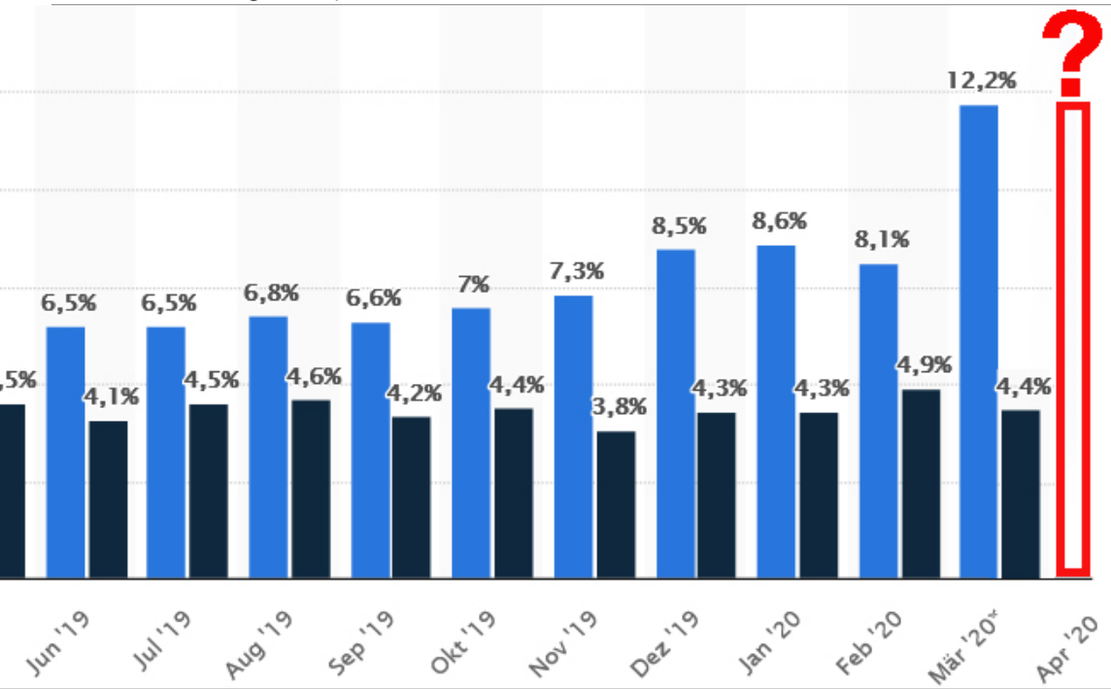
Die schwarz-grünen Coro

Mit Spannung wartet Österreich auf die Arbeitsmarktdaten vom April, in dem der Wirtschaft von der Politik eine „Corona-Schockstarre“ verordnet wurde. Für die Wirtschaftsforscher steht bereits fest: 2020 wird das Katastrophenjahr der Zweiten Republik, mit Folgen schlimmer als die der Finanzkrise 2008. Laut WIFO dürfte sich der Arbeitsmarkt von diesem Schock erst 2024 erholen.

„Wenn es nicht eine neue externe Krise gibt, haben wir die Chance, in einem Zeitraum bis 2024 wieder in normale ökonomische Fahrwasser zu kommen“, zeichnete WIFO-Chef Christoph Badelt am vergangenen Freitag ein düsteres Bild für Österreich.

Die Coronavirus-Pandemie, oder besser, die Bekämpfungsmaßnahmen der schwarz-grünen Koalition bescheren Österreich historisch negative Werte beim Einbruch der Wirtschaft, beim Budgetdefizit und auch bei den Arbeitslosenzahlen.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) prognostiziert heuer einen Einbruch der Wirtschaft von 5,25 Prozent bis 7,5 Prozent. Das Budgetdefizit werde auf 7,5 bis 10



hütet die schwarz-grüne Koalition wie ein Staatsgeheimnis – wahrscheinlich weil diese Horrorzahl die Ös-
es steht bereits jetzt fest, dass nicht einmal mehr die Hälfte der Beschäftigten einen Vollzeitarbeitsplatz hat.

mmste Katastrophenjahr

na-Maßnahmen treffen Österreich sogar härter als die Finanzkrise 2008

Prozent hochschnellen und die Arbeitslosenquote auf 8,75 bis 9,1 Prozent steigen. Und letztere wird laut WIFO erst in vier (!) Jahren wieder auf das Niveau von 2019 zurückkehren.

Nur noch Hälfte in Vollzeitjobs

Dass sich die Koalition vor diesen Zahlen fürchtet, zeigte sich an diesem Freitag bereits im Sozialausschuss. Dort war nämlich ÖVP-Arbeitsministerin Christine Aschbacher nicht willens oder in der Lage, den Abgeordneten die tagesaktuellen Arbeitslosen- und Notstandshilfe-Zahlen zu nennen. „Das sind Daten, nach denen im Sozialausschuss üblicherweise gefragt wird und die ein Ressortchef üblicherweise parat hat“, kritisierte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch.

Am Dienstag vertraute die Ministerin der Tageszeitung „Österreich“ an, dass bereits 1,1 Millionen Anträge auf Kurzarbeit vorlägen. Rechnet man die März-Arbeitslosen und geringfügig Beschäftigten hinzu, hat nicht einmal mehr jeder zweite Österreicher einen Vollzeit-Arbeitsplatz!

Die Angst Aschbachers dürfte sich an einem Nebensatz Badelts entzündet haben: Sollte die zweite Infektionswelle kommen, dann sei die Prognose hinfällig.

Dass mit dem Hilfspaket der Koalition die Klein- und Mittelbetriebe, das Rückgrat der heimischen Wirtschaft, gerettet werden, bezweifelte Badelt. Für diese ortete er im Hilfspaket der schwarz-grünen Koalition eine große Lücke: „Sie kommen nicht an den Notfallfonds heran, obwohl sie an sich lebensfähig sind und die Hilfen brauchen.“

Bürokratische Hilfsmaßnahmen

„Dieses Horrorszenario muss doch ein Weckruf für ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz sein, endlich von seinen PR-Shows und dem de facto Nichthandeln abzugehen. Den heimischen Unternehmen muss unverzüglich und vor allem unbürokratisch auf die Beine geholfen werden“, forderte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer.

Foto: NFZ

Badelt: vierjährige Durststrecke.

Er zweifelte allerdings an der Lernfähigkeit des Kanzlers. Denn der hat alle im Parlament eingebrachten Anträge der FPÖ und der anderen Oppositionsparteien zur Entlastung der Wirtschaft und zur unbürokratischen Unterstützung der Betriebe nicht einmal für diskussionswürdig befunden: ÖVP und Grüne haben mit ihrer knappen Mehrheit einfach alle abgeblockt.

Das schwarz-grüne Motto: „Koste es, was es wolle“ werde auf die Steuerzahler zurückfallen, warnte Angerer. Er forderte, wie auch Badelt, einen baldigen Kassasturz: Wie kann man das Budgetdefizit wieder herunterfahren? Wie kann man langfristig die Staatsschulden abbauen?

Aber soweit ist Schwarz-Grün noch nicht. Denn man zögert das Hochfahren der Wirtschaft noch immer hinaus und ist stattdessen nur auf den Ausbau des Überwachungsstaates fokussiert.

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

POLITIK ANALYSIERT

Reinhard Pisec
FPÖ-Industriesprecher

Unter den vorhandenen Rahmenbedingungen der schwarz-grünen Bundesregierung werden sich unsere 350.000 KMU von den viel zu strengen Corona-Maßnahmen niemals erholen können.

Totengräber der KMU

Dem absoluten Geschäftsniedergang stehen nur Versprechungen gegenüber, die bis dato abgelehnt oder kaum ausbezahlt wurden. Die gewährten Steuer-Stundungen müssen im Herbst nachgezahlt und die Rückführung der Kurzarbeit für 1,1 Millionen Arbeitsplätze in die Vollarbeitszeit wird bei den exorbitant hohen Lohnnebenkosten ein Ding der Unmöglichkeit werden. Die Ertragslage ist ja komplett weggebrochen.

Wenn die gestundeten Steuerbeträge, basierend auf dem Geschäftsergebnis der Vergangenheit, nicht mit den hohen Verlusten aus dem Corona-Wahnsinn saldiert werden können, und die Lohnnebenkosten nicht drastisch gesenkt werden, werden Konkurse und Arbeitslosigkeit im Herbst dramatische Höhen erreichen.

Der Dienstleistungsvertrag zwischen der schwarz-grünen Regierung und der Wirtschaftskammer hätte seitens der WKO niemals angenommen werden dürfen. Vermutlich weiß auch die Regierung, dass das Finanzamt die Zahlungen direkt und unbürokratisch abwickeln hätte können. Dieser dubiose Vertrag diente offensichtlich einem anderen Zweck: Die WKO mundtot zu machen und die KMU in Bürokratie absichtlich zu ersticken, damit weniger ausbezahlt werden muss. Das ist gelungen.

Daher müssen wir uns jetzt für die KMU einsetzen, damit diese von der schwarz-grünen Regierung nicht lebendig zu Grabe getragen werden.

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Nach der Aussage des Kanzlers, keine Reparatur der eilig beschlossenen Gesetze und Verordnungen anzustreben, die möglicherweise nicht verfassungskonform sind, weil diese ohnehin nicht auf Dauer gelten sollen, ist nun die zweite Panne im Zuge der Bewältigung der Corona-Krise passiert.

Ministeranklage

Diesmal ist es ein Protokoll, wonach „die Menschen vor einer Ansteckung Angst haben sollen oder Angst davor, dass Eltern oder Großeltern sterben.“ Beide „Sager“ lassen den Bürger mit Entsetzen zurück. Denn es ist nicht Aufgabe einer Regierung, die Verfassung auszubremsen, sondern sie einzuhalten und zu verteidigen. Deshalb gibt es im Kanzleramt auch den Verfassungsdienst.

Zum anderen ist es absolut unwürdig, mit absichtlich erzeugter Angst einen Rechtsstaat zu regieren. Der mündige Bürger will objektiv und transparent informiert werden, und er will, dass alle Entscheidungen auf einer sachlichen, nicht auf einer emotionalen Basis getroffen werden. Die Missachtung der Verfassung und das absichtliche Erzeugen von Angst dienten nämlich nur einem Zweck: der Beschränkung der Grund- und Freiheitsrechte!

Dazu passt die permanente Desinformation der Regierung, um die tatsächliche Rechtslage zu verschleiern. Bestes Beispiel: Der „Ostererlass“, der zu keiner Zeit über die erforderliche gesetzliche Grundlage verfügte. Deshalb hat der Freiheitliche Parlamentsklub eine Ministeranklage gegen Rudolf Anschober eingebracht, und wir werden einen Untersuchungsausschuss zur Desinformationspolitik der Regierung beantragen.

„IBIZA“-UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

„Corona-Pause“ zählt nicht

Foto: NFZ

Der Geschäftsordnungsausschuss des Nationalrats hat am Montag den Weg für eine Verlängerung des „Ibiza-Untersuchungsausschusses“ geebnet. Demnach werden die Monate März, April und Mai nicht in die für Untersuchungsausschüsse grundsätzlich geltende 14-Monatsfrist eingerechnet. Somit können, unabhängig von etwaigen weiteren Verlängerungen, jedenfalls noch bis ins Frühjahr 2021 hinein Befragungen durchgeführt werden.

ASYLPOLITIK

Bessere Verteilung

Schwarz-Grün sorgt sich um die Asylwerber: Um die Erstaufanhmezentren während der „Corona-Krise“ nicht zu stark zu belasten, sollen „unbegleitete minderjährige Asylwerber“ künftig nicht mehr nur in eine Erstaufnahmestelle, sondern auch in eine Regionaldirektion verbracht werden können.

Schwarz-Grün treibt den Überwachungsstaat voran

„Totalüberwachung“ unter dem Deckmantel der Corona-Krise

Der Nationalrat hat am Dienstag mit den Stimmen der Koalition das 16. Covid-19-Gesetzespaket beschlossen, mit einigen von der Opposition abgelehnten Überwachungsmaßnahmen.

Foto: verdict

Schwarz-Grün will „nur“ für den Kampf gegen Corona Daten sammeln.

Am Dienstag hat der Nationalrat im Rahmen der Coronavirus-Krise einige Gesetze beschlossen. Darunter fallen etwa die vorübergehende Anhebung der Notstandshilfe sowie die Regelungen für Risikogruppen für eine Covid-19-Erkrankung. Auch die Reform des Epidemiegesetzes passierte den Nationalrat.

Die Gesundheitsbehörden sollen bei der Abklärung von Ausbruchs-Schwerpunkten auch durch technische Instrumentarien – in Form von Screening-Programmen – unterstützt werden. Diese sollen die für die laufende Überprüfung der Maßnahmen nötige Datenbasis liefern und sich auf bestimmte Einrichtungen, Berufsgruppen oder Regionen beziehen.

Wie die Koalition weiterhin mit der Opposition umspringt, offenbarte sie im Gesundheitsausschuss, wo sie alle Anträge der Opposition „vertagen“ ließ. So wurde ein FPÖ-Antrag für die genaue Analyse und Dokumentation von schweren Corona-Krankheitsfällen abgelehnt, der auch eine verpflichtende Obduktion von Covid-19-Verstorbenen vorsah, ebenso wie die Dokumentation der Vorerkrankungen und des Krankheitsverlaufes der statistischen „Covid-Todesopfer“.

Foto: NFZ

Um das derzeitige Testungs-Chaos zu beenden, beantragte die FPÖ eine Gesamtstrategie in Zusammenhang mit Covid-19-Testungen. Demnach sollten Antikörpertests flächendeckend zur Anwendung kommen und wöchentliche Querschnitts-Testungen mittels genauerer PCR-Tests für alle Altersgruppen durchgeführt werden. Dieser Antrag zur Erhöhung der Testanzahl und damit der besseren Erhebung der „Dunkelziffer“ wurde von Schwarz-Grün ebenso abgelehnt.

Ohne jede Chance war auch jener Antrag der Freiheitlichen, gemäß dem alle Covid-19-Maßnahmengesetze, alle Verordnungen sowie alle Erlässe einer rechtstaatlichen Überprüfung unterzogen werden sollten. „Im Sinne der rechtstaatlichen Sorgfaltspflicht sollten rechtstaatswidrige Regelungen saniert und auf deren Grundlage verhängte Strafen aufgehoben werden“, erläuterte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch (Bild links) den FPÖ-Antrag.

Dessen Ablehnung bedauerte sie umso mehr, als Gesundheitsminister Rudolf Anschober einmal mehr verschärfte Kontrollen seiner Anordnungen bezüglich der Kontakt-Einschränkungen angekündigt hatte.

Jetzt liegt es am Bundesrat, ob das 16. Covid-19-Gesetz so kommt, wie es die Koalition haben will. Dort könnten SPÖ und FPÖ mit einer Stimmenmehrheit ein Veto gegen die Gesetze einbringen. Das könnte später vom Nationalrat zwar per Beharrungsbeschluss wieder überstimmt werden, das Inkrafttreten der Gesetze würde sich dann allerdings verzögern.

Edtstadler als Helferin für ÖVP-nahe Pflegevereine?

Bereits in der Vergangenheit traten im Zusammenhang mit dem Plan eines Imports ausländischer Pfleger eigenartige Vorgänge zu Tage. So gab es etwa bei der Anwerbung marokkanischer Pflegekräfte zu Ausbildungszwecken in Niederösterreich oder der Reisepassabnahme bei eingeflogenen Pflegekräften immer wieder Hinweise auf ÖVP-nahe Wirtschaftskreise und deren Interessen, erinnerte die freiheitliche Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch bezüglich des von ÖVP-Ministerin Karoline Edtstadler angekündigten „Sonderzugs mit rumänischen Pflegekräften".

„Man hat den Eindruck, dass es da im Hintergrund ganz klare ökonomische Interessen und damit auch Auftraggeber mit einer politischen Schlagseite gibt, die dieses Projekt mit Wissen und Willen der österreichischen Bundesregierung durchziehen wollen", empörte sich Belakowitsch.

Foto: NFZ

Edstadler: Hilfe für ÖVP-Vereine?

Sollte es sich bewahrheiten, dass diese rumänischen Pflegekräfte für ÖVP-nahe „24-Stunden-Pflege-Agenturen" bestimmt sind und die ÖVP-Ministerin in diesem Fall ihre Funktion dafür eingesetzt hat, hier einer bestimmten Unternehmensgruppe einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, dann werde das nicht nur ein Fall fürs Parlament, sondern auch für das Zivil- und Strafrecht, kündigte Belakowitsch an. Und dabei sei auch der ressortverantwortliche Sozialminister Rudolf Anschober in die Pflicht zu nehmen.

Eine toll-dreiste schwarze Freunderlwirtschaft!

Die schwarz-grüne Regierung lässt bei den Covid-19-Gesetzen keine Dreistigkeit aus. So hält ihr FPÖ-Finanz- und Budgetsprecher Hubert Fuchs vor, für die Prüfung der COFAG-Zuschüsse und der Garantieübernahmen, der Zuschüsse aus dem Härtefallfonds und für die Kurzarbeitsbeihilfen die Finanzämter eingesetzt zu haben – also genau jene Behörde, die die Regierungsparteien von der Abwicklung der Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen haben.

Ohne auch nur eine Spur rot zu werden, hat der ÖVP-Abgeordnete und Wirtschaftskammer-Generalsekretär Karl-Heinz Kopf vor einer Woche erklärt, dass das Finanzministerium die Finanzämter von der Abwicklung der Förderung ausgeschlossen hätte, weil es dazu nicht umstande gewesen wäre.

Finanzminister Gernot Blümel begründete das Vorgehen mit der „Aufgabenteilung" zwischen Kammer und Finanzämtern.

Foto: NFZ

Fuchs: Dreister ÖVP-Schacher.

„Die Dreistigkeit ist jetzt, dass die Finanzämter Fehler der Wirtschaftskammer nicht selbst korrigieren dürfen, weil sie bei der Prüfung ja nur als Gutachter tätig sind", kritisierte Fuchs. Denn die Finanzämter dürfen laut schwarz-grüner Vorgabe der Wirtschaftskammer lediglich „einen Bericht schicken" und die Wirtschaftskammer entscheidet dann selbst, wie man mit den festgestellten eigenen Fehlern umgeht und welche Konsequenzen man daraus zieht. „Frecher geht Freunderlwirtschaft wohl nicht mehr", empörte sich Fuchs.

FBI Freiheitliches Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

✔ Partei ◯ Parlament ◯ Publikationen ◯ Seminare ◯ Veranstaltungen

Die Organisation der FPÖ – ein Überblick

In unserer neuen Serie untersuchen wir die inneren Strukturen der im Jahr 1956 gegründeten Partei. Im Detail beleuchten wir die Bundespartei, die neun Landesparteien, die politischen Vorfelder sowie die FPÖ als Teil der Gesetzgebung.

Die Bundespartei

Die FPÖ – mit vollem Namen die „Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen" – setzt sich aus der Bundespartei sowie neun Landesparteien mit jeweils eigener Rechtspersönlichkeit zusammen. Die Bundespartei ist dabei für die politische Arbeit und die organisatorische Koordination im gesamten Bundesgebiet zuständig. Ihr Sitz ist in Wien.

Inhaltlich ist für die Tätigkeit der Bundespartei vor allem das aktuelle Parteiprogramm von 2011 als Basis entscheidend. Darüber hinaus gelten die Satzungen der FPÖ als „Geschäftsgrundlage" der Partei. Sie definieren unter anderem auch die einzelnen Organe der Bundespartei. Als oberstes Beschlussorgan der FPÖ gilt der mindestens alle drei Jahre stattfindende Ordentliche Bundesparteitag, zu dem die Landesparteien ihre Delegierten entsenden. Dieser entscheidet über programmatische Grundsätze und wählt den Bundesparteiobmann beziehungsweise die Bundesparteiobfrau sowie die derzeit sechs Stellvertreter. Als bundesweites Führungsorgan der FPÖ fungiert hingegen der in den Satzungen definierte Bundesparteivorstand.

Wesentlich im Rahmen der Bundespartei ist außerdem das Generalsekretariat als ein mit strategischer Planung und Medienarbeit beauftragtes „politisches Sprachrohr". Als österreichweite Zentrale gilt wiederum die für Organisation und Verwaltung zuständige Bundesgeschäftsstelle. Darüber hinaus wird die Bundespartei auch von ihren, in den Parteigremien vertretenen, Vorfeldorganisationen sowie von befreundeten Organisationen unterstützt.

Ing. Norbert Hofer
Bundesparteiobmann

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit. **fbi-politikschule.at**

FPÖ TEAM ROT-WEISS-ROT FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: NFZ

Harald Vilimsky

Schuldenkrise: Warum sollen andere zahlen?

Eurobonds, Coronabonds, Wiederaufbaufonds: Der Name ist egal, das Ziel ist immer das gleiche. Andere sollen für Italien, Spanien oder Frankreich die Rechnung begleichen. Sie haben wegen mangelnder Budgetdisziplin in den vergangenen Jahren ihre Schuldensituation nicht in den Griff bekommen – und daher jetzt Probleme, die Folgen der Coronakrise zu stemmen.

Die Vergemeinschaftung von Schulden in der EU galt bisher als undenkbar. Jetzt bastelt Brüssel an Konstruktionen, die das zu verschleiern versuchen, aber darauf hinauslaufen. Die EU soll an den Märkten Geld für einen „Wiederaufbaufonds" aufnehmen. Dieses soll an Mitgliedsstaaten vergeben werden – teils als Kredit, teils als nicht rückzahlbarer Zuschuss. Für diese EU-Schulden sollen alle Mitgliedsstaaten haften – und zwar zu dem Anteil, den sie zum EU-Budget beitragen. Um die Garantie zu gewährleisten, will man die Obergrenze für Zahlungen ans EU-Budget von 1,1 Prozent auf zwei Prozent des BIP anheben – was laut Kommission einen Fonds von rund 320 Milliarden Euro ermöglichen würde. Würden dann diese Kredite von Schuldnern wie Italien oder Spanien nicht zurückgezahlt, dann verlieren Österreichs Steuerzahler Milliarden, die als „Nachschuss" ans EU-Budget fällig werden.

Moralische Grundlage ist die „Solidarität". Die wird von den Südländern so verstanden: Andere sollen die Rechnung zahlen.

Corona-Einsatz: Polizisten stürmen Gottesdienst

Die französische Polizei hat einen Gottesdienst in Paris gestürmt. Die Polizisten forderten den Priester demnach auf, die Messe zu beenden. Seine Weigerung nahmen sie zu Protokoll und verhängten eine Strafe. Die Beamten verlangten zudem, dass drei Gemeindemitglieder die Kirche verlassen.

Die Messe in der Kirche Saint-Andre-de-l'Europe im achten Arrondissement wurde am Sonntag für die Gemeinde über die sozialen Medien übertragen. „Mitten in der Messe drangen drei bewaffnete Polizisten in die Kirche ein", berichtete der Geistliche der Zeitung „Le Figaro". Insgesamt seien nur sieben Personen in dem Gotteshaus anwesend gewesen: Der Pfarrer, ein Messdiener, ein Sänger, ein Organist und drei Gemeindemitglieder, die die Fürbitten und die Lesungen vortrugen.

Besonders empörte die Gläubigen, dass gemäß der französischen Gesetzeslage – außer der Feuerwehr – Amtspersonen erst nach Aufforderung durch den Pfarrer in das Gebäude eintreten dürfen.

Daran erinnerte auch der Pariser Erzbischof Michel Aupetit im Sender Radio Notre-Dame: Es gelte, auch während der Coronavirus-Krise einen „kühlen Kopf" zu bewahren und die Trennung von Kirche und Staat zu respektieren. „Sonst werden wir laut, sogar sehr laut", betonte Aupetit. Denn der Pfarrer habe nicht gegen die von Staatspräsident Emmanuel Macron verhängten Auflagen verstoßen.

Foto: wikimedia/CC-BY-2.0/Guilhem Vellut

Im „Corona-Fieber" gestürmt.

Kommt über die „C Schuldenunion dur

Mit dem „Wiederaufbaufonds" probiert die EU sch

Foto: EU

Das „Trio infernale" für die Steuerzahler in den Nettozahler-Staaten: EU-Kor la Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron zwingen die

Mit dem „Wiederaufbaufonds" testen die EU-Zentralisten und die Befürworter der Schuldenunion die Leidensfähigkeit der Steuerzahler in den Nettozahler-Ländern. Geht diese „Schuldenunion auf Zeit" durch, dann ist die endgültige Vergemeinschaftung der Staatschulden der Mitgliedsländer nur noch eine Frage der Zeit.

In stundenlangen Telefonaten hatte Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Vorbereitung auf den EU-Gipfel darauf hingearbeitet, das Ergebnis nicht „Eurobonds" oder „Coronabonds" zu bezeichnen. Also einigte man sich auf den Namen „Wiederaufbaufonds", unter dem die Vergemeinschaftung der Schulden in der EU vorangetrieben werden soll.

Der Fonds soll nämlich an den künftigen siebenjährigen Haushalt der EU angedockt werden, die Haftung der Länder ergibt sich aus ihrem Beitrag dazu.

Viele ungeklärte Fragen

Ungeklärt blieb aber, nach welchen Kriterien das Geld aus dem Fonds verteilt werden soll. Denn Konjunktureinbrüche haben schließlich alle Staaten zu verzeichnen. Und zum Ärger der Nettozahler blieb auch ungeklärt, ob das Geld rückzahlbarer Kredit oder als geschenkte Transferzahlung aus den reicheren Staaten in die südlichen Krisenländer fließen soll. Auch wie groß der Fonds werden soll, ist noch völlig unklar. Im Gespräch sind 1.500 Milliarden Euro, die die EU-Kommission mobilisieren will. Merkel hat bereits klargemacht, dass man nicht kleinlich rechnen sollte, bevor nicht das gesamte Ausmaß der Corona-Schäden bekannt sei. Man darf gespannt darauf sein, was dann als „Corona-Schaden" definiert werden soll.

Unterstützt wird der Gang in die Schul massiven Ankäufe von Staatsanleihen

orona-Krise“ die rch die Hintertür?

on einmal eine „Schuldenunion auf Zeit“

mmissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Deutschlands Kanzlerin Ange- EU mit ihrem „Wiederaufbaufonds“ in eine „Schuldenunion auf Zeit“.

Ein gewiefter Schachzug, um die Schuldenstaaten zu besänftigten, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ vermerkte: „Das Hauptziel dieses Systemwechsels ist die Ausschaltung der Finanzmärkte als mächtiges Disziplinierungsinstrument europäischer Regierungen.“

Damit steht Ländern, die jetzt schon weit jenseits der Maastricht-Kriterien verschuldet sind, wie etwa Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien, weiterhin der Zugang zu billigem Geld aus Brüssel offen. Zudem kauft die Europäische Zentralbank (EZB) – entgegen ihren gesetzlichen Vorgaben – ja weiter Unmengen an Staatsanleihen der Schuldenländer auf.

Foto: EZB

ldenunion durch die anhaltenden, der Schuldenmacher durch die EZB.

„Schuldenunion auf Zeit“

Mit dem als Kompromiss präsentierten Modell eines „Wiederaufbaufonds“ und eines aufgestockten EU-Budgets, aus denen Milliardensummen in die Mitgliedsländer fließen sollen, wird dieser Transferunion ein zeitlicher und mengenmäßiger Rahmen vorgegeben.

Was aber, wenn die Pleitestaaten und EU-Zentralisten wie ÖVP-Delegationschef Othmar Karas daran Gefallen finden und den Rahmen weghaben wollen?

Das Problem könnte sich schneller stellen als der großen Brüssel-Gönnerin Angela Merkel lieb ist. Denn mit Geld ist es wie mit Drogen: Einmal süchtig danach, bringt man die Menschen bzw. Pleitestaaten davon nicht mehr los. Und in Frankreich und Italien stehen spätestens in zwei Jahren Wahlen ins Haus.

Dann könnte das eintreten, wovor der deutsche Ökonom Norbert Tofall in der „Wirtschaftswoche“ warnte: „Jetzt könnte dieser Spaltpilz (Schuldenunion, Anm.d.Red.) im Zuge der Corona-Krise zum exponentiellen Wachstum ansetzen und die Eurozone sprengen.“

KURZ UND BÜNDIG

Foto: twitter.com/KuesterTB

Brandlegung als Druckmittel

In einem Migrantenlager auf der griechischen Insel Samos wurden am vergangenen Montag zum zweiten Mal in Folge Brände gelegt. Die griechische Polizei geht davon aus, dass die illegalen Einwanderer damit ihre Überstellung auf das Festland erzwingen wollen. Zusätzlich komme es vermehrt zu Zusammenstößen zwischen Migranten aus Afrika und aus Afghanistan, berichteten Mitarbeiter humanitärer Organisationen. Das griechische Fernsehen zeigte Videos von Polizisten, die mindestens sieben Menschen festnahmen. Bereits am Sonntag hatten mehrere Brände in und um das Lager Hütten, Zelte sowie Containerwohnungen zerstört.

Bargeld zählt in der Krise

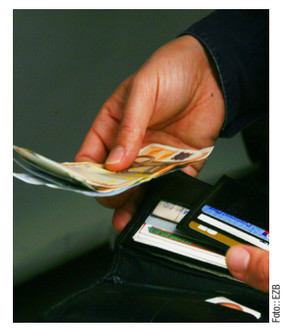


Foto: EZB

In den letzten Wochen jubelten die deutschen Medien, dass die Deutschen im Zuge der Corona-Krise beim alltäglichen Einkauf häufiger mit der Karte und seltener mit Bargeld zahlen. Aber das täuschte: Der Umlauf von Scheinen und Münzen im Euroraum ist im März um fast 100 Milliarden Euro oder acht Prozent angestiegen, wie aus einer Analyse der Beratungsfirma Barkow Consulting hervorgeht. Verglichen mit der Entwicklung in den Vormonaten Januar und Februar lasse sich ein „Corona-Sondereffekt“ von etwa 30 Milliarden Euro ausweisen. Sechs Milliarden Euro davon horteten Privathaushalte in Deutschland.

Asyl-Industrie, wo sind jetzt die „5.000 Kinder“?

Seit Wochen jammern Mitglieder der Asylindustrie, dass in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln „über 5.000 Kinder“ eingepfercht seien.

Nach Luxemburg hat auch Deutschland einige dieser „Kinder“ ins Land geholt. Die Absicht war, eine begrenzte Anzahl unbegleiteter Kinder, vorwiegend Mädchen und Erkrankte bis 14 Jahren aus den Lagern zu holen.

Die Wirklichkeit war auf dem Flughafen von Hannover zu bestaunen: Unter den 47 Kindern und Jugendlichen waren gerade einmal vier Mädchen. Das Bundesinnenministerium bestätigte dann auch noch gegenüber der Zeitung „Bild“: „Fünf Jugendliche sind im Alter von 15 bis 17 Jahren; vier von ihnen haben jüngere Geschwister. Das eine Kind über 14 Jahren ist ein Mädchen.“

Auch gab es keinerlei kranke oder behandlungsbedürftige Fälle. Aber was nun für ganz besondere Verärgerung sorgte, war die Tatsache, dass laut „Bild“ bei fast der Hälfte der eingereisten „unbegleiteten Jugendlichen“ der 1. Jänner 2006 als Geburtsdatum eingetragen ist – und sie damit als „Kinder“, also bis 14-Jährige, besonderen Schutz unter dem Asylrecht genießen.

Kanzleramtsminister Helge Braun musste auch zugeben, dass die Koalition dem Bundestag nicht die Wahrheit gesagt hatte: 80 Prozent der „unbegleiteten Minderjährigen“ auf den griechischen Ägäis-Inseln seien älter als 16 Jahre.

Foto: screenshot youtube.com

Ein typisches „Flüchtlingskind“.

Grüne Umfärbung

Nach der Bestellung der deutschen Grünen-Naturwissenschaftlerin Katrin Vohland zur Direktorin des Naturhistorischen Musemus Wien wird nun die Uni-Professorin und Beirätin der Grünen Bildungswerkstatt, Verena Madner, auf Vorschlag des Ministerrats vom Grünen-Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen zur Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofs ernannt werden. Man darf bezweifeln, ob Verena Madner für diese Besetzung überhaupt qualifiziert ist. Ihre Veröffentlichungen zu Klimaschutz, Abfallwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung, Nachhaltigkeit, Industrieemission, Smart City etc. weisen sie jedenfalls nicht als Verfassungsjuristin, sondern ganz klar als grüne Ideologin aus.

Mathias Müller, Wien

Foto: NFZ

Vernunft und Unvernunft

Die Entscheidung der Stadt Linz, die Parkgebühren in der Landeshauptstadt erst ab 4. Mai wieder einzuführen, finde ich wirklich gut und vernünftig. Wir befinden uns noch immer in ein einer Art des Ausnahmezustandes, und das betrifft alle Lebensbereiche. Die Normalität muss langsam und gestuft zurückkehren, das gilt auch für die Abgaben und Gebühren. In diesem Fall handeln die zuständigen freiheitlichen Stadtregierungsmitglieder Michael Raml und Markus Hein sehr vernünftig. Hingegen finde ich den Umgang und die Beschränkungen der Bundesregierung mit unseren Wirten kontraproduktiv und absolut überflüssig.

Sieghard Schmidt, Linz

TERMINE

Info der Redaktion

Aufgrund der aktuellen Lage rund um das Corona-Virus und den damit verbundenen Einschränkungen wird die Redaktion bis auf weiteres keine Termine veröffentlichen. Wir bitten um Verständnis.

LESER AM WORT

EU – gebaut auf Lügen

Und wieder will die EU, dass die Nettozahler die Schulden der Pleitestaaten übernehmen und die Nettoempfänger auf Kosten der Fleißigen neue Schulden machen können. Wer will das? Wie war das, als wir in die EU hineingelogen wurden: Kein EU-Staat muss für die anderen haften, eine Schuldenunion darf und wird es nicht geben. Warum treten wir aus diesem Verein nicht aus? Wer mag schon Milliarden für andere bezahlen und lässt sich darüber hinaus noch von Brüssel mit unzähligen Gesetzen und Verordnungen gängeln? Ich mag in keinem Verein bleiben, der uns von Anfang an nur belogen und ausgenutzt hat. Einen Satz von Herrn Vranitzky vergesse ich nie: Die Pensionen sind auf ewig gesichert – aber nur, wenn wir der EU beitreten. Komisch, dass die Medien und die meisten Politiker immer auf der Seite des Unrechts stehen. Das wird wohl auch der Hauptgrund für die Politikverdrossenheit sein.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Danke, liebe Regierung!

Das Volk verbeugt sich in Demut vor unserer Regierung. Wir dürfen ab jetzt unseren Bewegungsradius auf ganze zwölf Kilometer vergrößern. Gastronomen dürfen Mitte Mai wieder aufsperren und müssen Masken tragen. Dürfen sie die beim Essen abnehmen? Auch wir dürfen weiterhin unsere Masken tragen und darauf warten, dass uns die große „Gnade" zuteil wird, durch Zwangsimpfungen von diesem schrecklichen Virus befreit zu werden. Jetzt meine Frage: Dürfen sogenannte „demokratische" Regierungen ihr Volk so unterjochen? Darf eine solche Regierung ihr Volk unter Ausnutzung einer Pandemie in die Armut treiben? Darf sie „Gott" über uns Bürger spielen? Sie dürfen mich ´mal, und sie dürfen es auch so verstehen, wie es hier geschrieben steht.

Cora Katzenberger, Puchenau

Foto: NFZ

Mundschutz und Maulkorb

Alle Jahre wieder eine Epidemie, Politik und Medien inszenieren eine angsterfüllte Krisensituation, und alle spielen mit. Mit Angst macht man Menschen gefügig, damit sie viele unfassbare Einschränkungen und Überwachungen kritiklos hinnehmen. Aber die enormen Einschränkungen kamen erst, als die Kurven schon am Fallen waren und die Ansteckungsrate schon unter 1 war. Trotzdem verkaufen uns die Politiker dies als ihren Erfolg, nach dem Motto: Inszeniere eine Krise und präsentiere dich dann als Retter. Nun melden auch Krankenhäuser und Kliniken Kurzarbeit an, von Überlastung keine Spur. Um was geht es bei Corona tatsächlich? Ich denke, manche Politiker tragen Mundschutz, damit man nicht sieht, wie sie über das gehorsame Volk lachen. Für das Volk ist der Mundschutz ein Maulkorb. Eigenverantwortung ist gefragt.

Fritz Loindl, Oberwang

Nein zur Schulden-Union

Sollte unsere Regierung der Vergemeinschaftung der Schulden im Euro-Raum zustimmen, dann kann es für uns Österreicher nur eine Antwort geben: Öxit! Wenn die EU ihre „Verfassung/Verträge" bricht, dann brauchen auch wir uns nicht mehr an diese Verträge halten! Die Grundregel bei der Einführung des Euro war, keiner haftet für die Schulden der anderen! Auch die USA hält das so für ihre Bundesstaaten. Wie ginge es weiter: Österreich könnte die Verträge, die die Schweiz mit der EU abgeschlossen hat, übernehmen – denn für beide „neutrale Staaten" gibt es viel Übereinstimmung – ohne langwierige Verhandlungen führen zu müssen.

Werner Dworschak, Eisenstadt

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung" zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

Mit Stasi-Methoden gegen „unangenehmen“ Politiker!

Haben Rot-Grün die Facebook-Sperre von Paul Stadler bewirkt?

Fast drei Wochen war die sehr erfolgreiche Facebook-Seite des Simmeringer FPÖ-Bezirksvorstehers Paul Stadler gesperrt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass politische Mitbewerber den blauen Bezirksvorsteher beim Betreiber vernadert haben.

Foto: FPÖ Simmering

Paul Stadler, vom politischen Gegner bei „Facebook“ angeschwärzt.

Warum Facebook die Seite des Simmeringer Bezirksvorstehers gesperrt hat, bleibt ein Rätsel. Stadler selbst ist entsetzt: „Ich frage mich, was es bei meinen fast ausschließlich unpolitischen Beiträgen auf Facebook zu beanstanden gibt. Die letzten Einträge befassten sich mit Hilfsleistungen für Menschen in der Corona-Krise“.

So das Einkaufen für eine kranke Frau, Gratis-Schutzmasken für die Simmeringer, Interview mit der Bezirkszeitung, Bericht über flächendeckende Hilfe in Simmering, die Ankündigung einer Heiligen Messe in der Corona-Zeit, oder eine Wertschätzung für Simmeringer Gärtner.

Rot-Grüne Schmutzkübel-Aktion?

Anscheinend sind SPÖ und Grüne vor der anstehenden Wien-Wahl dermaßen in Panik, dass sie mit derart unlauteren Mitteln gegen einen beliebten FPÖ-Politiker vorgehen glauben zu müssen. Zudem stellt sich auch die Frage, weshalb Facebook sich mit der Überprüfung der Vorwürfe so viel Zeit gelassen hat, wundert sich Stadler: „Bei SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig wäre so ein Vorgehen wohl nicht vorstellbar.“

Die freiheitliche Verfassungssprecherin Susanne Fürst hat deshalb letzte Woche einen Entschließungsantrag im Parlament eingebracht, mit dem die Regierung aufgefordert wird, aktiv zu werden und die Sache aufzuklären.

Sinnvolleres als „Begegnungszonen“

Die Stadt Wien hat Maßnahmen gegen die „Corona-Krise“ getroffen wie etwa die Ausweitung der „Begegnungszonen“, also der Pkw-Fahrverbote. Das ist für die FPÖ nicht nur sinnlos, sondern auch zu wenig. „Deshalb wird die FPÖ im Gemeinderat Anträge einbringen, von der die Wiener auch wirklich etwas haben“, kündigte Klubobmann Toni Mahdalik an.

Etwa ein 15. Gehalt in Form einer Sonderzahlung bzw. eines Bonus für die Angestellten der Stadt Wien (und ihrer Unternehmungen), die in den vergangenen sechs Wochen dazu beigetragen haben, die Versorgung der Stadt und deren Bewohner aufrechtzuerhalten.

Außerdem soll die Stadt den Eltern, deren Kinder wegen der Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen zu Hause bleiben mussten, wegen nicht erbrachter Leistung die erbrachten Zahlungen ersetzen. Ähnlich sollen die Besitzer von Parkpickerln entschädigt werden, da in den letzten Wochen die Kurzparkregelung ausgesetzt worden ist.

Eine weitere Forderung betrifft die Gastronomie, die besonders unter den übertriebenen Maßnahmen der Bundesregierung leidet. Die Stadt sollte die Gebrauchsabgabe für Schanigärten bis zur endgültigen Aufhebung der beschränkenden Maßnahmen erlassen.

Foto: NFZ

Schanigarten gesperrt, aber Wien kassiert „Gebrauchsabgabe“?

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

Von Fernseh-Krimis weiß ich, dass Angeklagte das Recht haben, beispielsweise von Verwandten besucht zu werden.

Sonnenuntergang

Dieses Recht haben unsere Senioren nicht. Einer meiner Bekannten hat seinen Vater in einem Wiener Altenheim, der ist 96, und er weint seit vierzehn Tagen fast dauernd. Dass man seine Lieben in dieser Zeit nicht einmal ähnlich wie Gauner hinter einer Glasplatte sehen darf, ist purer Sadismus.

Herr Kurz spricht in dem Zusammenhang von einer „neuen Normalität“. Aber was normal ist, leitet sich nicht davon ab, ob es alt oder neu ist.

Da gibt’s glücklicherweise – ich hab’s erst am letzten Sonntag erfahren – Gesetze, die quasi „nach Sonnenuntergang“ automatisch nicht mehr gültig sind. Zu denen gehören auch die Verordnungen, die, wie man sagen könnte, in Panik erlassen worden sind. Also die ganzen unangenehmen Zwangsmaßnahmen auf Grund von Corona. Von den Masken bis zum Badeverbot im Gänsehäufl.

Dass der Sebastian derzeit schon an der Absoluten kratzt, mag ja sein. Es ist die immer wiederkehrende Sehnsucht nach dem „starken Mann“ im Falle von Problemen.

Wenn die aber vorbei sind, könnte es, ich hätt’ nix dagegen, zu einem Sonnenuntergangs-Basti kommen.

SALZBURG

Klare Anweisungen

Seitdem die langsame Öffnung der Kindergärten geplant ist, herrscht vollkommene Ungewissheit, kritisierte Salzburgs FPÖ-Familiensprecherin Karin Berger: „Verunsicherte Pädagoginnen und Bürgermeister sowie eine Landesrätin, die anscheinend mit der Situation überfordert ist.“ Es brauche jetzt eine klare Entscheidung und eine Handlungsanweisung für die Kinderbetreuung, forderte Berger.

KÄRNTEN

SPÖ-Kaiser hat versagt

Foto: FPÖ Kärnten

Gernot Darmann

„Wir brauchen in Kärnten dringend ein eigenes Unterstützungspaket für unsere Unternehmer und unsere Arbeitnehmer, wie es andere Bundesländer längst umgesetzt haben“, forderte FPÖ-Landeschef Gernot Darmann und warf SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser hier „komplettes Versagen“ vor.

Corona-Krise ist kein Grund, das Leistungsprinzip abzuschaffen!

Die FPÖ Tirol kritisiert schwarz-grüne Pläne zu Öffnung der Schulen

TIROL

Zu spät, zu planlos und ohne Weitblick – das sind die Kritikpunkte der Tiroler Freiheitlichen an der geplanten Schulöffnung der schwarz-grünen Koalition.

Tirols FPÖ-Bildungssprecher Christofer Ranzmaier erinnert daran, dass die FPÖ seit nunmehr drei Wochen auf einen Plan für eine schrittweise Öffnung der Schulen pocht, um wieder für „normale Normalität“ für Schüler, Lehrer und Eltern zu sorgen: „Wie nun jedoch diese schwarz-grüne ‚neue Normalität‘ an Schulen ausschauen soll, ist einfach nur unfassbar: Maskenpflicht, automatischer Aufstieg bei einem „Nicht genügend“, kein Sportunterricht.“

Wozu noch Leistung?

Nach der geschenkten Matura nehmen ÖVP und Grüne nun mit dem automatischen Aufstieg mit einem „Nicht genügend“ bereits zum zweiten Mal die Pandemie als Ausrede dafür, den Leistungsgedanken im Bildungssystem abzuschaffen, kritisierte Ranzmaier.

Für die freiheitliche Sportsprecherin Evelyn Achhorner ist es absolut unverständlich, dass bei der Wiederaufnahme des Schulunterrichts das Fach „Bewegung und Sport“ fehlt: „Diese Ankündigung des Bildungsministers bedeutet den absoluten Bewegungs-Stillstand für die Kinder, da auch das Vereinsleben vollkommen darniederliegt.“

Foto: RK/Thomas Peschat

Politik versenkt in „Corona-Krise“ den Leistungsgedanken an Schulen.

OBERÖSTERREICH

Schätze für die Kleinsten

„Wenn Kinder spielen, sammeln sie Schätze, aus denen die größten Träume entspringen.“ – Damit die Kindergartenkinder aus St. Agatha viele solche Schätze sammeln können, wurden von der freiheitlichen Ortsparteigruppe bereits vor der „Corona-Krise“ hochwertige Spielwaren im Wert von 1.700 Euro angekauft.

„Mit dem neuen Spielzeug können unsere Kindergartenkinder ihre Konzentration, die Feinmotorik und vieles mehr spielerisch fördern und entwickeln. Wir wünschen den Kindern und dem ganzen Kindergartenteam viel Freude damit“, erklärte FPÖ-Ortsparteiobmann Markus Haider bei der Übergabe der Sachspende.

Foto: FPÖ Schärding

Leuchtende Augen zauberte die FPÖ-Ortsgruppe St. Agatha mit ihrer Spielzeugspende in die Gesichter der Kindergartenkinder.

NIEDERÖSTERREICH

Unerhörter Wahlschacher!

„Dass ÖVP und SPÖ sich ohne eine demokratische Wahl die Mandate in der niederösterreichischen Landarbeiterkammer aufteilen, ist Postenschacher in Reinkultur!“, empörte sich FPÖ-Arbeitnehmersprecher Jürgen Handler über das „vereinbarte Wahlergebnis“ bei der Landarbeiterkammerwahl.

Das ausgeschacherte Ergebnis: Die ÖVP gewinnt ein Mandat dazu, und der SPÖ wird ein Vizepräsidentenposten zugesagt. Damit wurden zwei Parteien ganz ohne Wahl Sieger eines schmutzigen „Deals“, den sie unter dem Deckmantel „Corona-Krise“ ausgeknobelt haben.

Die „Begründung“ von Kammerpräsident Andreas Freistetter wertete Handler als „Verhöhnung der rund 21.000 Wahlberechtigten“. Denn Freistetter hatte behauptete, dass eine Briefwahl nicht möglich gewesen wäre, da der Niederösterreichische Landtag nicht imstande gewesen wäre, das Landarbeiterkammergesetz entsprechend zu ändern. „Die Wahl hätte durchaus sichergestellt werden können. Anstatt den ganzen Landtag zu vereinnahmen, kann man das Kind beim Namen nennen – es fehlte am politischen Willen der schwarzen und roten Mandatare!“, kritisierte Handler.

Foto: FPÖ Niederösterreich

Handler empört sich über schwarz-roten Wahlschacher.

STEIERMARK

„Millionen-Jackpot“ Sprachkurse: Parteinahe Vereine teilen sich in der Steiermark vier Millionen Euro untereinander auf.

Foto: screenshot youtube.com

In der Asyl-Industrie rollen die Steuermillionen

Zu Unrecht bezogene Leistungen und das Geschäft Sprachkurse

In einer Anfrageserie zum Asylwesen hat die steirische FPÖ das Millionen-Geschäft in der Asyl-Industrie und Betrug im Leistungsbezug aufgedeckt.

So hat die steirische FPÖ eine schriftliche Anfrage an SPÖ-Asyllandesrätin Doris Kampus gestellt, um die für die Jahre 2018 und 2019 von Asylwerbern zu Unrecht bezogenen Leistungen aus der steirischen Grundversorgung zu eruieren. Das Ergebnis: Alleine in den Jahren 2018 und 2019 wurden 809.737,51 Euro zu Unrecht ausbezahlt, eingetrieben wurden demgegenüber nur 487.431,54 Euro, was eine Differenz von 322.305,97 Euro ergibt. Im selben Zeitraum wurden Verfahren in 893 Fällen gegen Asylanten eingeleitet, was eine massive Steigerung gegenüber 2016 und 2017 bedeutet. In diesen beiden Jahren waren es lediglich 138 Verfahren, obwohl die Anzahl der Asylwerber viel höher war.

Millionengeschäft Sprachkurse

Aufgrund eines im Februar 2020 stattgefundenen Prozesses am Grazer Straflandesgericht gegen einen Steirer, der als Obmann eines Vereines Deutschkurse für Flüchtlinge angeboten und Fördermittel veruntreut haben soll, haben die Freiheitlichen eruiert, wer an diesem „Vier-Millionen-Euro-Jackpot“ mitnascht: darunter parteinahe Organisationen und Ausländer-Hilfsvereine wie die Caritas (926.111 Euro), „Danaida“ (199.390 Euro), Jugend am Werk (228.249 Euro), „Isop“ (218.000 Euro), das Institut für Talententwicklung GmbH (169.185 Euro) oder „Chiala“ (48.321 Euro). – „Während in der Steiermark ein brutaler Sparkurs gefahren wurde, gab es für die Asylindustrie Millionen“, empörte sich FPÖ-Sozialsprecher Marco Triller.

Entlastung für Tourismus

Statt bürokratischer Hilfsmaßnahmen fordert Voralrbergs freiheitlicher Tourismussprecher Hubert Kinz eine einfache Entlastungs-Maßnahme für Hotel- und Gastronomiebetriebe: die befristete Senkung der Umsatzsteuer.

„In einigen Nachbarländern haben die Regierungen bereits erkannt, dass durch den ‚Lockdown‘ gerade die Tourismuswirtschaft massiv geschädigt wurde, während ÖVP-Kanzler Kurz mit seiner „neuen Normalität“ einen wirtschaftlichen Betrieb bei Wiedereröffnung weiter verhindert“, zeigt Kinz die prekäre Situation der gesamten Tourismuswirtschaft auf.

In Deutschland beispielsweise werde ab 1. Juli befristet bis zum 30. Juni 2021 die Mehrwertsteuer auf Speisen von derzeit 19 auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent gesenkt, weist der FPÖ-Tourismussprecher hin. Zusätzlich wären eine Befreiung der Betriebe vom Tourismusbeitrag für die Jahre 2020 und 2021 sowie ein Verzicht auf die Einhebung der Gästetaxe sofort wirksam.

VORARLBERG

Foto: FPÖ Vorarlberg

Kinz fordert unbürokratische Entlastungen für den Tourismus.

Foto: FPÖ Steiermark

LÄNDER-SACHE

Mario Kunasek
FPÖ-Landesparteiobmann Steiermark

Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierte die FPÖ Steiermark unlängst ihre wichtigsten Initiativen zur Bewältigung der enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Steiermark wird – nicht zuletzt aufgrund der derzeit geltenden Maßnahmen – in den nächsten Monaten mit gravierenden Problemstellungen zu kämpfen haben.

Kontrolle ist wichtig

Die Politik muss nun alles daransetzen, die heimische Wirtschaft zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern. Das freiheitliche Maßnahmenbündel reicht von der Aufstockung des Wirtschaftspakets des Landes über Unterstützungsleistungen für aufgrund der Krise in Not geratene Steirer und Unternehmer bis hin zu Möglichkeiten, wie der Normalbetrieb in unterschiedlichsten Bereichen wieder aufgenommen werden kann. Die steirische Landesregierung will nun rund 400 Millionen Euro an Hilfsgeldern ausschütten und Garantien übernehmen.

Die Wirtschaft zu unterstützen und einen Totalabsturz zu verhindern, ist zwar das Gebot der Stunde, jedoch müssen alle Ausgaben und Förderungen auf Landesebene im Rahmen eines von der FPÖ geforderten Corona-Kabinetts überprüft und gesteuert werden. Eines ist klar: Mit Unterstützungsgeldern muss zu jeder Zeit transparent und sorgsam umgegangen werden. Für Freunderlwirtschaft darf in solch herausfordernden Zeiten definitiv kein Platz sein.

Als größte Oppositions- und Kontrollpartei im Landtag werden wir sicherstellen, dass dies auch nicht geschieht!

GEZWITSCHER

Reinhard Rauter
@Reinhard52

@sigi_maurer Ich glaube gar nichts mehr, nach alldem, was in den letzten Wochen erzählt, verordnet usw. wurde. Als bisheriger Grünwähler tief enttäuscht.

24. April 2020 15:44

Mit dem Einknicken der Grünen beim Ausbau der Durchsgriff- und Überwachungsrechte für den Staat im letzten „Covid-Paket“ hat sich‘s die Partei mit der Basis verscherzt.

Grantscherm
@Grantscheam

Wenn ich mir meine Umgebung so ansehe, werden wir spätestens im Herbst mehr Betten in der Psychiatrie brauchen als für Corona.

22. April 2020 07:35

... und/oder mehr Betten in den Haftanstalten, wenn die schwarz-grüne Koalition ihre „neue Normalität“ weiter so brutal durchboxt.

TELEGRAM

GEFÄLLT MIR

Norbert Hofer
27. April 2020

Das Virus ist auf dem Rückzug – Überwachung und Strafmaßnahmen sollten das auch sein.

1.121 Personen gefällt das.

Dass ausgerechnet die Grünen den Bürgern die Polizei ins Wohnzimmer „verordnen“, ist nur weiterer Treppenwitz dieses schwarz-grünen „Corona-Wahnsinn“.

Friseure, Fußpfleger und der linke Unmut gegen Frau Lunacek

Kulturschaffende wehren sich gegen die grüne „Fehlbesetzung“

Weil Friseure und Fußpfleger im Mai wieder öffnen, aber Kulturbetriebe erst im Juli, wächst der Unmut gegenüber der grünen Staatssekretärin.

Grüner Grabenkampf: Kulturschaffende gegen Lunacek.

Foto: BMKÖS Daniel Trippolt

Frau Ulrike Lunacek ist keine allzu große Sympathieträgerin, selbst im grünen Wählersegment. Das weiß man seit der Nationalratswahl 2017, als sie als Spitzenkandidatin die Grünen aus dem Parlament geführt hat. Das Schauspiel wiederholt sich derzeit, nachdem die nunmehrige Kulturstaatssekretärin mit Vizekanzler Werner Kogler letzte Woche die Lockerungen im Kulturbereich bekanntgab.

Sofort schwappten erste Empörungswellen über die Grün-Politikerin, die sich inerhalb von Tagen zu einem Sturm aufbauschten. Sie wisse nicht, wovon sie rede, schallte es ihr aus der Theaterszene wegen der 20-Quadratmeter-Regel entgegen. Sie sei ein glatte „Fehlbesetzung“ im Ministerium.

Normalität gesucht

In die gleiche Kerbe schlugen die Filmschaffenden, die ihre wichtigen Sommer-Drehtermine davonschwimmen sehen. „Die Rede ist immer wieder von einer neuen Normalität. Schaffen Sie eine!“, schleuderten ihr 200 Unterzeichner in einem offenen Brief entgegen. Friseur- und Fußpflegesalons würden von der grünen Politik offensichtlich als „systemrelevanter als der Film“ eingestuft. Während viele Branchen langsam den Betrieb wieder hochfahren dürften, leide die Filmbranche – wie der gesamte Kulturbereich – unter der großen schwarz-grünen Corona-Lähmung. Ja, schnell geht‘s in der Politik, vom Hoffnungsträger zum Buhmann/frau.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Das von der FPÖ aufgedeckte Märchen von der „Durchtestung der Alten- und Pflegeheime“ haben jetzt die „Salzburger Nachrichten“ versteckt in einer sehr, sehr kurzen Kurzmeldung bestätigt: 14 Tage nach der diesbezüglichen Ankündigung des grünen Gesundheitsministers wurden in Salzburg gerade einmal 1.400 Tests in elf Seniorenheimen durchgeführt. In den nächsten 14 Tagen (!) sollen 47 Heime getestet werden, in denen es Verdachtsfälle gab – wenn man‘s glauben darf.

KURZ GEMELDET

1400 Tests in Heimen bereits durchgeführt

SALZBURG. Alle elf Seniorenwohnhäuser, in denen es Fälle von Coronainfektionen gab, sind nun durchgetestet. In Summe wurden 689 Bewohner und 742 Bedienstete getestet. Das Ergebnis: Bei 51 Bewohnern liegt eine Covid-Erkrankung vor. Beim Personal sind vier Personen noch aktiv erkrankt. Von den 51 positiv getesteten Senioren sind derzeit 26 im Krankenhaus. Zehn Personen sind genesen und 15 verstorben. In den nächsten 14 Tagen sollen 47 Heime getestet werden, in denen es Verdachtsfälle gab.

Dass die Kontrolle der schwarz-grünen Landesregierung nicht unter den Corona-Teppich fällt, dafür sorgt die FPÖ, berichtet die „Tiroler Tageszeitung“. Nicht nur soll der Untersuchungsausschuss zur Flüchtlingsgesellschaft „Tiroler Soziale Dienste“ fortgesetzt werden, sondern auch eine lückenlose Aufklärung der Causa Ischgl stattfinden. Bei der Zusammensetzung der Expertenkommission wird jetzt auch die Opposition ein gewichtiges Wort mitreden.

Zwischen U-Ausschuss und Ischgl-Kommission

GISBÄRS TV-NOTIZ

Wer die Zwangsbeglückungen des ORF kennt, weiß, dass der Sender im „öffentlichen Interesse“ von Wiederholungen lebt.

Das tun jetzt auch die Nachrichtenmacher am Küniglberg. Ständig wird die Angstmacherei des Kanzleramts wiederholt.

Weil die Infektionen nachlassen, Krankenhaus- und Intensivbetten sich leeren und weniger Tote zu verzeichnen sind, wird jetzt die „zweite Welle“ beschworen, damit der Corona-Wahnsinn fortgeführt werden kann.

569 auf Corona positiv getestete Menschen sind bisher in Österreich seit Anfang März gestorben.

Laut denselben Gesundheitsexperten, die vor Corona warnen, starben im gleichen Zeitraum an die 2.300 Menschen in Österreich an den Folgen des Rauchens.

Werden jetzt ähnliche Maßnahmen gegen Nikotin-Infizierte in Erwägung gezogen? Werden Trafiken geschlossen und die Raucher in polizeilich überwachte Quarantäne geschickt?

Ich hoffe, ich – selbst Raucher – habe damit die Gesundheitsapostel im Lande nicht alarmiert, damit sie deshalb am Welt-Nichtrauchertag – den gibt es wirklich, nämlich am 31. Mai – ihre auf Nikotin modifizierten Anti-Corona-Maßnahmen dem Ministerrat für die nächste Angst-Kampagne vorlegen. Denn mit Corona dürfte es sich Ende Mai ja ziemlich ausgeängstigt haben.

Falls nicht, stelle ich dem ORF diesen Gedanken als „Corona-Fake News“ zur Verfügung – und plädiere für ein Anti-GIS-Maßnahmenpaket aus Sorge um das geistige und finanzielle Wohlbefinden der Zwangsgebührenzahler.

Ja das Schreiben und das Lesen

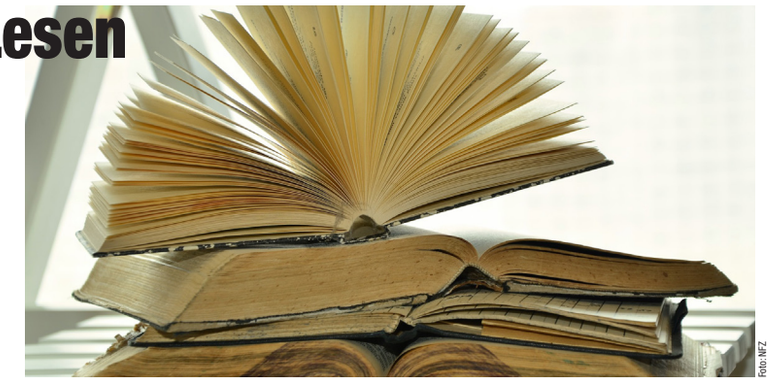


Foto: NFZ

Der von mir hier schon einmal zitierte Georg Christoph Lichtenberg ist auch gut für Sprüche über Bücher. So sagte er schon im 18. Jahrhundert: „Ein Buch ist ein Spiegel. Wenn ein Affe hineinschaut, kann kein Apostel herausgucken.“ Und: „Wenn ein Buch und ein Kopf zusammenstoßen und es klingt hohl – liegt das immer am Buch?“

Der Mann war also nicht nur klug, er hatte auch Humor. Und den braucht man heutzutage mehr denn je, nicht nur wegen der „covid-19“. Ich wusste übrigens lang nicht, warum das Corona-Virus so heißt, hab nachgeschaut und die einfache Erklärung gefunden: Sie hat natürlich mit dem Englischen zu tun und stammt von „coronavirus disease 2019“, also Corona-Virus-Erkrankung 2019. Und „corona“ selber kommt vom Aussehen des kronenartigen Virus.

Lesen – eine Alternative

Sprache ist, wie man sieht, nicht immer leicht. Aber schon Henry Higgins singt im Musical My Fair Lady: „Kann denn die Kinder keiner lehren, wie man spricht? Die Sprache macht den Menschen, die Herkunft macht ihn nicht!“

Ein Stoßseufzer, der mir mitunter beim ZiB-Schauen („wenn Sie so wollen“, „am Ende des Tages“...) entkommt. Aber auch beim Lesen von „face book“, zu dem mich vor einiger Zeit ein Bekannter angeregt hat.

Gesichtsbuch heißt das, so meine ich, auf Deutsch, und wir sind ja allzu leicht mit englischen Begriffen zufrieden, obwohl ich mit „Gesichtsbuch“ genauso wenig wie mit „facebook“ anfangen kann. Wir sagen aber auch „Bluetooth“, obwohl’s richtig „Blauzahn“ heißen sollte. So hieß der dänische Wikingerkönig Harald Blauzahn aus dem Jahr 910, und man verbeugte sich mit der mittlerweile englischen Namensgebung vor ihm, weil er für seine Kommunikationsfreudigkeit bekannt war.

Virtuell oder virtuos

Ich war aber beim Gesichtsbuch, und da überlege ich mir seit einiger Zeit, ob ich den Gebrauch dieses Unikums nicht lieber einstellen sollte. Was sich da an Eintragungen, die natürlich Postings heißen, tummelt, ist sagenhaft. Ich will ja keinem Nutzer, Pardon: User dieser Vorrichtung nahetreten, aber beim Lesen der Texte könnte man mitunter verzweifeln. Da richten sich manche Leute Schmeicheleien aus, die normalerweise mit Ehrenbeleidigungsklagen enden.

Eher erwartet man derlei per E-Mail, also Elektro-Post, dort aber hat sich der Brauch eingenistet, erst gar keine Antworten zu geben. Ämter und Institutionen bevorzugen dieses Schweigen erfolgreich. Das Virtuelle fördert die Kultur also nicht unbedingt. Womit ich schon wieder beim lieben guten Buch bin.

Und wieder darf ich zum Schluss aus meinem Oeuvre etwas zum besten geben. Es geht – um Bücher.

Biacha
sogt de Frau Lawatsch zu ihrn Buam,
Biacha zaast du daher!
De Räuber de Faust de letztn Tage da Menschheit
Kannibalen und Liebe da Vaschwenda
und da! Der Götz von Berlichingen und der Jungfrau is olles aans!
Lauter Sex und Greim
und Schmutz und Schund!
Owa auf deine Eltern huachst jo ned!
Und bei da Babara Karlich gehst ausn Zimma!
Was soll nur aus dir wern, Bua!

Herbert Pirker

Foto: FPÖ Wels

Christa Raggl-Mühlberger, Obfrau „Soziales Wels“, bei der Übernahem der Spende von Martin Hintenaus, Obmann FCN Baskets Wels.

„Soziales Wels“ organisiert „Corona-Spendenkreislauf“

Mit einem Facebook-Aufruf starteten die „FCN Baskets“ einen Verkauf von 50 Stück selbstgenähten Mund- und Nasenmasken mit ihrem Vereinslogo. Innerhalb von 24 Stunden waren die sehenswerten Masken vergriffen und ein Verkaufserlös von 750 Euro konnte erzielt werden. Dieser Betrag wurde an die Obfrau des Vereins „Soziales Wels“, FPÖ-Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger, übergeben.

Diese leitete die Spende weiter an die Firma „Caterist“, die in der Corona-Krise ihr soziales Engagement unter Beweis stellt und täglich für bis zu 100 Pensionisten und Personen der Risikogruppe ein warmes Mittagessen kocht.

Anzeige

29 Millionentreffer in der 190. Klassenlotterie

„Reich werden mit Klasse“ kann man wieder von 11. Mai bis 19. Oktober 2020

Mit ihren über 100 Jahren ist die Klassenlotterie eines der traditionsreichsten Spiele der Österreichischen Lotterien. Die Schlussziehung der 189. Österreichischen Klassenlotterie, bei der am 20. April das Klassenlos mit der Nummer 063.772 den Haupttreffer mit 5 Millionen Euro gewann, war gleichzeitig der Startschuss für die 190. Klassenlotterie. Sie startet am Montag, den 11. Mai und dabei geht es gleich um den ersten Millionentreffer. Neben einer Gesamtgewinnsumme von 121,5 Millionen Euro warten noch Zusatzgewinne von insgesamt 2 Millionen Euro. Die Losauflage ist mit 250.000 Losen gleich geblieben, ebenso der Lospreis: Man kann mit einem ganzen Los oder mit Zehntellosanteilen teilneh-men. Ein Zehntellos kostet pro Klasse 15 Euro, ein ganzes Los demnach 150 Euro.

100.000 Euro täglich und pures Gold

Mit einem einmaligen zusätzlichen Einsatz von 12 Euro für ein Zehntellos nimmt man an der Superklasse teil, bei der es täglich um 100.000 Euro geht. Mit einem zusätzlichen Einsatz von 10 Euro fürs Zehntellos ist man in der Gold¬klasse und damit bei der Verlosung von Gold im Gesamtwert von 12,5 Millionen Euro dabei.

Lose für die 190. Klassenlotterie sind bereits in allen Geschäftsstellen erhältlich. Alle Informationen zur Klassenlotterie sowie ein Geschäftsstellen-Verzeichnis findet man unter www.win2day.at/klassenlotterie.

Casinos Austria und Österreichische Lotterien starteten Kampagne #wirtragenmaske

Unter www.wirtragenmaske.at unterstützt die Casinos Austria und Österreichische Lotterien Unternehmensgruppe ab sofort die Bemühungen der Bundesregierung zur Eindämmung des Corona-Virus.

„Masken tragen ist wichtig, weil es die Verbreitung des Corona-Virus eindämmen kann. Wir treten mit Masken dem Virus wirkungsvoll entgegen, nicht, weil wir uns dahinter verstecken wollen. Wir wollen mit dieser Initiative der Bedeutung des Tragens von Masken eine Bühne geben“, sagt Bettina Glatz-Kremsner, Generaldirektorin von Casinos Austria und Österreichische Lotterien, und führt zum Hintergrund der Kampagne weiter aus: „Unsere Unternehmensgruppe hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer für humanitäre, soziale und gesundheitliche Themen engagiert und unterstützt. Die derzeitige Corona-Krise hat nun ganz neue Fragestellungen in den Vordergrund gerückt und unsere Unternehmensgruppe sieht sich hier als Partner der Politik, um ein wichtiges Thema zur Eindämmung der Krise zu unterstützen. Dieses Engagement sehen wir als unsere gesellschaftliche Verpflichtung, auch wenn die aktuelle Situation uns als Gruppe vor große wirtschaftliche Herausforderungen stellt.“

Auf der Website www.wirtragenmaske.at befinden sich neben allgemeinen Handlungsempfehlungen zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes auch Anleitungen zum selber herstellen von Masken, da es in der Breite der Bevölkerung schwierig werden könnte, die flächendeckende Versorgung sicher zu stellen. Über Facebook und Instagram werden unter #wirtragenmaske diese Botschaften transportiert.

ALLIANZ GEGEN CORONA WAHNSINN
WWW.CORONAWAHNSINN.AT

JETZT HIER UNTERSCHREIBEN
ODER ONLINE AUF WWW.CORONAWAHNSINN.AT

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Jetzt reicht's! - Allianz gegen den Corona-Wahnsinn

Die Bürger haben ein Recht auf Freiheit, Sicherheit und Planbarkeit ihres Lebens!

Daher fordern die Unterzeichner dieser Petition von der Bundesregierung die

Rückkehr zur echten Normalität

durch die Umsetzung folgender Maßnahmen:

Gesundheit – Gezielter Schutz für Risikogruppen und medizinisches Personal

- Konsequenter Schutz der vom Coronavirus besonders gefährdeten Gruppen und volle Betreuung in allen Lebensbereichen – vom Arbeitsmarkt über medizinische Leistungen bis hin zur Lebensmittelversorgung
- Sicherung der medizinischen Vollversorgung für alle Menschen in Österreich unabhängig von Corona
- Effektiver Schutz des Personals in Gesundheitsberufen durch Schutzausrüstung – den Besuch von Angehörigen in Krankenhäusern und Pflegeheimen wieder möglich machen

Erwerbstätigkeit – Entschädigung für alle vom Arbeiter bis zum Unternehmer

- Voller Ersatz der durch die Coronavirus-Epidemie verursachten Einbußen, wie im Epidemiegesetz ursprünglich vorgesehen
- Sofortiger Stopp der Entschädigungsabwicklung durch die Wirtschaftskammer oder eine eigens gegründete schwarz-grüne GmbH ohne vernünftige Kontrolle
- Bei Ersatz der durch die Epidemie verursachten Einbußen gleichzeitig Arbeitsplatzgarantie für die Arbeitnehmer
- Sofortige Beendigung aller Betretungsverbote – Hochfahren der gesamten Wirtschaft inklusive aller Geschäfte, der Gastronomie und der Hotellerie
- Keine generellen Veranstaltungsverbote, damit auch die Organisationen, Künstler sowie die österreichischen Vereine in den Bereichen Sport, Kultur und Brauchtum leben können

Familie und Bildung – Unterricht, Freizeit und private Absicherung

- Rascher Übergang zum Regelbetrieb in Schulen und Universitäten zum Nutzen der Kinder und Jugendlichen und zur Entlastung der Familien
- Echte Unterstützung anstatt bloßer Stundungen von Mieten, Kreditraten, Versicherungsprämien udgl. bei privaten Härtefällen
- Sofortige Aufhebung der Sperre von Sport- und Freizeitanlagen

Freiheit und Recht – Volle Achtung der Verfassung und der Grundrechte

- Sofortige Rücknahme aller verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetze, Verordnungen und Erlässe und Verfall aller Anzeigen und Strafen, die auf Basis unklarer Rechtsvorschriften verhängt wurden
- Aufhebung aller freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, insbesondere von Ausgangsbeschränkungen, Einschränkungen der Erwerbsfreiheit und der Reisefreiheit sowie des privaten Lebens
- Auslaufen aller gesetzlichen Sonderermächtigungen für die Regierung bereits vor dem Sommer

Name	Adresse	Geb. Datum	Unterschrift

Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie die Petition „Jetzt reicht´s! - Allianz gegen den Corona-Wahnsinn" und stimmen zu, dass die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Petition verarbeitet werden.

Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular an:
Freiheitliche Partei Österreichs
Friedrich-Schmidt-Platz 4, 1080 Wien